

betrachtet wird: unter dem Aspekt der gesellschaftspolitischen Partizipation und des Gestaltungswillens. Das bürgerschaftliche Engagement ist ein Mittel, um unsere Demokratie lebendig zu halten. Die Herkunft der Menschen sollte hierbei ohne Bedeutung sein.

Auch ist es notwendig, das geleistete Engagement anzuerkennen und wertzuschätzen. So wurden beispielsweise lange Zeit sogenannte Migrantenselbstorganisationen kritisch beäugt und ihre Arbeit kaum anerkannt. Einrichtungen, die sich überwiegend an der ursprünglichen Herkunft ihrer Mitglieder orientieren und sich vornehmlich um die Belange dieser Menschen kümmern, können nur selbstausgrenzend wirken, so eine gängige Zuschreibung. Dass solche Zusammenschlüsse durchaus als Multiplikatoren in die Migrantengemeinschaften hineinwirken und als Ansprechagenturen für Einrichtungen der Mehrheitsgesellschaft fungieren können, wurde lange Zeit nicht als Chance begriffen. Hier zeichnet sich ein Paradigmenwechsel ab. So publizierte kürzlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Studie

mit dem Titel »Kooperation mit Migrantenorganisationen«, die darüber Aufschluss geben will, »wie Kooperationen zwischen Migrantenorganisationen und anderen Trägern erfolgreich und gleichberechtigt gestaltet werden können«.

Darüber hinaus ist es Zeit für eine interkulturelle Öffnung der Institutionen. Haben Politik und Verwaltung in Deutschland bereits erkannt, dass innerhalb ihrer Strukturen die Zahl der Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte unterrepräsentiert ist, scheint ein Bewusstsein in engagementpolitischen Kreisen noch nicht vorhanden zu sein. Zentralen Akteuren mangelt es auf verschiedenen Leitungsebenen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Zuwanderungsgeschichte. Eine Sichtbarkeit dieser Bevölkerungsgruppe in den hauptamtlichen Strukturen würde nicht nur gesellschaftliche Realitäten abbilden, sondern auch helfen, diese Zielgruppe zu erreichen. Die entsprechenden Organisationen müssen sich fragen lassen, inwiefern sie offen sind für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte. ■

Christian Demuth

Die Piraten: Alternativ-Bewegung zur etablierten Politik

Bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen in Berlin errang die Piratenpartei ein fulminantes Ergebnis. Worin aber ist dieser Erfolg begründet? Ist dieser parlamentarische Arm des Aufstandes der Zivilgesellschaft dauerhaft oder eine Eintagsfliege?

Christian Demuth

(* 1971) ist Politikwissenschaftler und zur Zeit Referent für Grundsatzfragen sowie der Zukunftswerkstatt »Demokratie« im Parteivorstand der SPD.

christian.demuth@spd.de



Die Piratenpartei schien eigentlich abgemeldet. Nach Überraschungserfolgen bei den Bundestagswahlen 2009, wo sie 2 % erhielt, ging es bergab. Nachdem sich die etablierten Parteien um Themen wie Netzsperrungen kümmerten, zudem die Piraten teilweise in Chaos und parteiinternen Auseinandersetzungen versanken, schien sie

das gleiche Schicksal wie die schwedische Schwesterpartei zu erleiden, die bei der Europawahl 2009 noch 7,1 %, bei den Reichstagswahlen 2010 nur noch 0,65 % der Stimmen erhalten hatte. Doch es kam anders: Bei den Wahlen 2011 in Berlin erhielt sie 8,9 % und damit 15 Sitze im Berliner Abgeordnetenhaus. Derzeit liegen die Piraten dauerhaft zwischen 5 und 8 % in den Bundesumfragen. Was nur ist in diesem Jahr passiert?

Zunächst ist festzuhalten: Die Piratenpartei ist keine Internetpartei. Zwar ist sie auch aufgrund der Reduzierung der Internetkultur auf wirtschaftliche Fragen sowie auf das Thema innere Sicherheit durch die etablierten Parteien entstanden. Dass das Internet nämlich eine kulturelle Frage mit hoher Bedeutung für junge Wähler ist, wie Umweltfragen für frühere Generationen, hatten die etablierten Parteien lange nicht verstanden. Doch das eigentliche Thema für die Piraten sind Bürgerrechte. Die Mehrheit der Mitglieder mit 60,7 % bezeichnet sich derart als linksliberale Partei. Immerhin 76,7 % gaben – bei Mehrfachnennungen – an, sich wegen der »Verteidigung und Stärkung der Bürgerrechte« bei den Piraten zu engagieren, hingegen »nur« 57 % wegen der Netzpolitik (vgl. Tobias Neumann, Die Piratenpartei in Deutschland. Entwicklung und Selbstverständnis, Berlin 2011).

Eskalation des Politikmisstrauens

Doch das ist nicht der entscheidende Grund für das Ergebnis in Berlin. Die Wahlergebnisse der Piratenpartei sind als Kritik am politisch-demokratischen System zu verstehen. 82 % ihrer Mitglieder sind aus »Unzufriedenheit mit der politischen Arbeit der etablierten Parteien« in die Piratenpartei eingetreten. Laut Vorwahlbefragung wählten in Berlin 66 % die Piratenpartei aus Unzufriedenheit mit anderen Parteien, nur 33 % wegen ihrer Inhalte. Die Piraten sind

daher letztlich eine Reaktion auf die »Entfremdung von den gegenwärtigen Institutionen«, wie Chantal Mouffe formulierte: »Immer mehr Leute fühlen, dass traditionelle Parteien aufgehört haben, ihre Interessen zu berücksichtigen«.

Dass die Eskalation des Politikmisstrauens gerade jetzt geschieht, ist nicht überraschend angesichts des aktuellen Bildes, das die politischen Institutionen abgeben. Insgesamt sieben Entwicklungen führen zu einer Delegitimierung der Politik: Die Politik untergräbt erstens die eigene Legitimation, weil sie die eigenen demokratischen Verfahrensweisen den Regeln der Finanzmärkte unterwirft. Als in Griechenland eine Volksabstimmung zu den Sparmaßnahmen durchgeführt werden sollte, intervenierten die Regierungen: Das Vertrauen der Märkte war wichtiger als das der Bürger. Wie Frank Schirrmacher schrieb, sei ein »Machtkampf zwischen dem Primat des Ökonomischen und dem Primat des Politischen« im Gange, bei dem »das Politische massiv an Boden verloren« habe. »Sieht man denn nicht, dass wir jetzt Ratingagenturen, Analysten oder irgendwelchen Bankenverbänden die Bewertung demokratischer Prozesse überlassen?« (FAZ, 1.11.2011)

Zweitens verspielt die Politik das Vertrauen der Bevölkerung, weil sie daran scheitert, die Finanzmärkte zu regulieren, ja sie erweist sich in den Augen der Bürger nur noch als machtloser Spielball der Finanzmärkte.

Es wird derzeit drittens ein zentraler Teil jeder Repräsentationsbeziehung in Frage gestellt, wenn die Bürger den Eindruck haben, dass die Politik letztlich nicht mehr der Mehrheit der Bevölkerung nutzt, wenn »ein System, das angetreten ist, das Vorankommen von vielen zu ermöglichen, sich zu einem System pervertiert hat, das die wenigen bereichert.« (Schirrmacher, FAZ, 15.8. 2011).

Ferner wird den politischen Institutionen viertens keine Lösungskompetenz

mehr zugewiesen. Die offenkundige Unfähigkeit und Unberechenbarkeit der Regierung aus CDU, CSU und FDP ist das eine. Wie soll aber der Bevölkerung erklärt werden, dass sich etwa bei der staatlich geteteten Hypo Real Estate mal eben um 55 Milliarden Euro verrechnet wurde?

Dies alles schadet der Politik insgesamt. Und im Gegenzug schadet der Piratenpartei ihre offenkundige Inkompetenz nicht, weil sowieso keiner Partei eine Lösungskompetenz zugewiesen wird. 76 % der Bevölkerung schätzen – laut einer Bertelsmann-Studie – die Fähigkeit der Politik als eher oder sehr niedrig ein, die dringendsten Probleme der nächsten Jahre zu lösen, nur 9 % als eher hoch oder sehr hoch (Vgl. Bertelsmann-Studie http://www.bertelsmannstiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_102347.htm, eingesehen am 28.10.2011). Die Piratenpartei sagt hingegen: »Wir wissen auch nicht alle Antworten, aber wir sagen das wenigstens im Gegensatz zu den etablierten Parteien«.

Einzelinteressen und Lobbyismus regieren

Die Delegitimierung der Politik wird fünfens verstärkt, weil viele Bürger in den letzten Jahren den Eindruck hatten, dass Einzelinteressen und Lobbyismus regieren, oder gar, dass Wirtschaft und Politik hinter den Kulissen um politische Inhalte klüngeln. Das Ansehen *der* Politik hat sich massiv verschlechtert angesichts von »Möwenpicksteuern«, Geschenken an Pharma-Unternehmen, Geburtstagsfeiern von Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann im Kanzleramt oder Geheimverträgen mit der Atomlobby unter Schwarz-Gelb. Nur noch 20 % der Deutschen glaubten, dass sich Abgeordnete für die Interessen der Bevölkerung einsetzen. Vor zehn Jahren waren es noch 42 und 1978 sogar 55 % (Zahlen laut Allensbach). Genau in diese

Lücke stoßen dann auch die Piraten: Fragt man die Piratenmitglieder nach ihren programmatischen Schwerpunkten, so sind dies »die Transparenz des Staatswesens« (94,8 %), »freier Zugang zu öffentlichen Inhalten« (92,8 %), und »mehr Demokratie wagen« (86,5 %) (vgl. Neumann). Die Piratenpartei behauptet, freier und ohne Autoritäten und die etablierten Parteien in einem »freien Herrschaftsraum« des Internets Einfluss nehmen zu können, ohne institutionell gebunden zu sein.

Sechstens hat die soziale Demokratie in den letzten 10 Jahren erheblichen Schaden genommen. Weil es dem Staat in den Augen vieler Bürger nicht mehr gelingt, seine zentrale Aufgabe in der Absicherung sozialer Risiken und in der Vermeidung sozialer Schieflagen zu gewährleisten, schwindet das Vertrauen in die politischen Institutionen. Mittelschichten und sozial schwächere Schichten haben in den letzten zehn Jahren eine Erosion des Sozialen wahrgenommen. Insbesondere junge Leute sind betroffen, die nicht mehr von den bestehenden Institutionen des Sozialstaats profitieren. Kündigungsschutz oder Rentenversicherung entfalten angesichts prekärer Arbeitsverhältnisse, Solo-Selbstständigkeit und geringer Löhne keine Bindung mehr. Genau deshalb war das von den Piraten in Berlin propagierte Grundeinkommen derart attraktiv. Ihre Wählerklientel rekrutierte sich vor allem aus jungen Wählerinnen und Wählern mit eher formal besserer Bildung sowie aus Arbeitslosen und (prekären) Selbstständigen.

Schließlich bieten die Piraten siebtens eine Alternative zur behaupteten Alternativlosigkeit: Indem die Politik ständig mit »*there is no alternative*« argumentiert, wurden die Piraten faktisch die Alternative für Nichtwähler, die sich vorher frustriert abgewendet hatten. 23.000 Stimmen konnten die Piraten in Berlin aus dem Nichtwähler-Lager mobilisieren.

Die Piraten sind also letztlich das Er-

gebnis einer manifest gewordenen Systemkrise der repräsentativen Demokratie. Sie bieten die Möglichkeit des Offenlegens der Abneigung gegen die etablierten Parteien. Die Bürger sehnten sich offensichtlich »nach einer anderen Art Politik«, sagte Spitzenkandidat Andreas Baum. Sie sind eine Projektion und eine (naive) Hoffnung auf eine andere Politik und »echte Demokratie«. Naiv deshalb, weil sie, wie alle populistischen Bewegungen, einen Hang zur Selbstgerechtigkeit aufweisen. So antwortet die Piratenpartei auf die Frage, warum man seine Stimme nicht einer anderen Partei geben sollte: »Wenn man uns unterstützt, handelt man weise und tut das Richtige.«

Dass es die Piraten sind, die von der Unzufriedenheit mit der Politik profitieren, mag allein an dem Zeitpunkt der Eskalation oder dem schlechten Wetter liegen. Die Piraten profitierten von einem Gelegenheitsfenster. Stuttgart 21, die Protestbewegungen in den arabischen Staaten oder in Spanien und Israel haben kulturell und medial den Boden bereitet. Während in Spanien und Israel Jugend auf den Plätzen campiert, wählt sie in Deutschland die Piraten.

Die Piraten profitierten ferner davon, dass die Grünen in Berlin nicht mehr für den »Kampf gegen das Establishment« standen. Sie transportierten ein Lebensgefühl, das die Grünen in diesem Wahlkampf verloren hatten. Sie haben eine neue Art des Politikmachens mit »erfrischendem Stil und Naivität« eingebracht.

Kontinuierlicher Faktor oder Eintagsfliege?

Solange sich die Politik nicht wandelt, wird das Potenzial der Piraten erhalten bleiben, wenngleich offen bleibt, ob die Piraten weiter der Träger dieser Bewegung sein werden. Ihre Inkompetenz spielt noch keine Rolle, da sie noch unter »Welpenschutz«

stehen. Gleichwohl wird die Piratenpartei nicht auf Dauer ohne Inhalte auskommen: Sie haben angekündigt, die Basis zu verschiedenen Themen zu befragen. Auch droht sie mittelfristig entzaubert zu werden. Die Piratenpartei vertritt eine Spielart einer Elitendemokratie: Sie besteht in der Mehrzahl aus formal besser gebildeten Männern, welche Bürgerbeteiligung als bessere Demokratie erachten, letztlich aber nicht merken (oder zugeben wollen), dass soziale Teilhabe nicht gegeben ist. Letztlich ist auch die Internet-Demokratie der Piraten eher ein Symbol der »Alternative zum bestehenden demokratisch-politischen System« als eine »echte Alternative«. Selbst 55 % der eigenen Mitglieder finden es etwa schwer, den Überblick über die Vielzahl von Entscheidungen im »liquid democracy«-System zu behalten.

Die etablierten Parteien müssen also attraktivere und vor allem glaubwürdigere Programme und Verfahrensweisen entwickeln. Sie müssen wieder das Primat der Politik von den Finanzmärkten zurückgewinnen, die Beteiligung auf allen Ebenen ausbauen, Lobbypolitik beschränken und nicht zuletzt sozial gerechte Politik in einer auseinanderfallenden Gesellschaft aufgreifen und nicht nur taktisch bespielen. Teilweise ähneln die derzeitigen »Alternativ-Bewegungen« nämlich den 68ern. Nicht konkrete inhaltliche Forderungen, sondern eine glaubwürdige Vision des Wandels sind entscheidend, um die politischen Institutionen zu verändern.

Es müssen wieder klare Alternativen zwischen den politischen Lagern formuliert werden, was angesichts der Mittelstrategie Merkmals gleichwohl schwierig sein wird. Die Anhänger der eher »linken« Alternativ-Bewegungen vergessen zudem, dass ihre Institutionenfeindlichkeit letztlich zu einer Delegitimierung legalistischer Herrschaftsformen führen und geradezu charismatische Führer provozieren könnten. Zu Guttenberg droht schon aus Übersee. ■